



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp und Fraktion (AfD)**

Günstig heizen. Bezahlbar wohnen. Unabhängige Energiepolitik wagen.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag kritisiert, dass

- die Bundesregierung und die EU durch CO₂-Bepreisung, Sanktionen und bürokratische Vorgaben wie das Gebäudeenergiegesetz (GEG) die künstliche Verknappung und Verteuerung von Erdgas für Industrie, Unternehmen und private Haushalte in Bayern nicht nur hinnehmen, sondern aktiv fördern,
- die Bundesregierung und die EU damit die Abhängigkeit von teurem importiertem LNG-Gas (LNG = Liquefied Natural Gas) und strategischen Metallen verstärken und die Grundlage für Bayerns wirtschaftliche Stärke – günstige und zuverlässige Energie – untergraben, anstatt eine diversifizierte Versorgung mit heimischem Biomethan und preiswertem Erdgas zu sichern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Aufhebung aller Sanktionen gegen wesentliche Lieferländer von Erdgas einzusetzen, keine Importverbote für Erdgas aus Drittstaaten zu erlassen und die Wiederaufnahme pragmatischer energiepolitischer Diplomatie zu fördern, einschließlich direkter Gespräche über langfristige Erdgaslieferverträge, die der Versorgungssicherheit und den wirtschaftlichen Interessen Bayerns dienen,
2. sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Abschaffung oder Aussetzung des EU-Emissionshandelssystems (ETS I) sowie des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) einzusetzen und die Senkung der Energie- und Umsatzsteuersätze auf das EU-Mindestmaß zu fordern,
3. sich auf Bundesebene für die Abschaffung des GEG und des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) einzusetzen, die Abschreibungen im Gasnetz erzwingen und die freie Heizungswahl behindern,
4. eine bayerische Biomethan-Strategie zu entwickeln, die darauf abzielt, bestehende Biogasanlagen langfristig zu erhalten, den flexiblen Einsatz aller Brennstoffarten in den Anlagen zu ermöglichen und die bayernweite Einspeisung von Biomethan ins Erdgasnetz sicherzustellen,
5. den Erhalt und den weiteren Betrieb der strategisch bedeutsamen bayerischen Gas speicher sicherzustellen, insbesondere sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Gas speicher Breitbrunn von der bundeseigenen Uniper SE auf den Freistaat übertragen wird, und die Möglichkeit eines Erwerbs oder einer maßgeblichen Beteiligung des Freistaates am Gas speicher Wolfersberg zu prüfen, um Befüllung, Betrieb und strategische Einsatzbereitschaft unter staatliche Kontrolle zu stellen,
6. sich auf Bundesebene für die Einführung einer strategischen Erdgasreserve einzusetzen,

7. eine eigenständige bayerische Strategie zur langfristigen Sicherung preiswerten Erdgases zu verfolgen, indem sich die Staatsregierung auf Bundes- und EU-Ebene für eine grundlegende Neubewertung und Abkehr von energie- und klimapolitischen Vorgaben einsetzt, die im Rahmen einer erzwungenen Dekarbonisierung die Wirtschaftlichkeit der Gasspeicherung sowie die Versorgungssicherheit Bayerns mit Erdgas beeinträchtigen.

Begründung:

Die Versorgung Bayerns mit Erdgas befindet sich in einer zunehmend kritischen Lage, die durch energiepolitische Fehlentscheidungen auf EU-, Bundes- und Landesebene erst so geschaffen wurde. Die bayerischen und deutschen Gasspeicher weisen derzeit historische Tiefstände auf: Am 4. Februar 2026 waren die Speicher bundesweit zu 70 Prozent geleert, in Bayern sogar zu 80 Prozent – der niedrigste Stand seit Beginn der Messungen. Besonders alarmierend ist die Situation bei den strategischen Speichern Breitbrunn (84 Prozent leer) und Wolfersberg (95,5 Prozent leer), die bis 2027 stillgelegt werden sollen, da sie infolge politischer Vorgaben betriebswirtschaftlich nicht mehr tragfähig sind. Diese beiden Speicher machen zusammen fast die Hälfte der gesamten Gasspeicherkapazitäten Bayerns aus (BNetzA, 2026; VBEW, 2025). Die niedrigen Füllstände resultieren direkt aus Maßnahmen wie der CO₂-Bepreisung, der grünen Wärmewende, den Russland-Sanktionen sowie der Quotenregelung für die sommerliche Zwangsbefüllung, die die Wirtschaftlichkeit der Gasspeicherung systematisch untergraben haben.

Diese Politik hat zu einer erheblichen Verteuerung von Erdgas geführt, das eigentlich eine günstige Energiequelle darstellt. Ohne Sanktionen, Wärmewende und Dekarbonisierungsmaßnahmen wäre der Preis für Erdgas vor Steuern und Abgaben bei etwa 1,6 Cent pro Kilowattstunde, nach Steuern und Abgaben bei rund 4 Cent pro Kilowattstunde (Destatis, 2026). Stattdessen haben sich die Gaspreise für Industrie und Haushalte seit 2019 mehr als verdoppelt, was zu Deindustrialisierung und steigender Energiearmut führt: Über 55 000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe wurden seit 2019 abgebaut, und der Anteil der von Energiearmut betroffenen Bevölkerung stieg von 2,5 Prozent im Jahr 2019 auf 6,3 Prozent im Jahr 2024 (BAA, 2026; Eurostat, 2026). Im deutschen Großhandel lagen die Preise Anfang Dezember 2025 noch bei 2,5 Cent pro kWh, im Januar 2026 betrugen sie bereits über 4,3 Cent pro kWh – eine Steigerung um nahezu 50 Prozent. Hinzu kommt die CO₂-Bepreisung von 1,75 Cent pro kWh Erdgas, die einen Aufpreis von 70 Prozent auf den Großhandelspreis darstellt (BNetzA, 2026; Fraunhofer-Institut, 2026).

Die Abhängigkeit von teurem importiertem Gas verstärkt diese Probleme weiter. Derzeit stammen 48,5 Prozent der deutschen Erdgasimporte aus den USA – fast die Hälfte, was eine mitunter größere einseitige Abhängigkeit schafft als in der Vergangenheit von Russland. Dieses Fracking-Gas, das per Tanker importiert wird, ist deutlich teurer als russisches Pipeline-Gas. Zusammen mit Importen aus Norwegen (41 Prozent) decken diese Quellen rund 90 Prozent der deutschen Gasimporte ab, was bei Ausfällen oder Umlenkungen auf asiatische Märkte zu Engpässen führen könnte (BDEW, 2026). Die geplante Stilllegung der Speicher Breitbrunn und Wolfersberg würde die Versorgungslage ab Frühjahr 2027 in den Wintermonaten erheblich verschärfen, da ein Füllstand von nur 20 Prozent bereits der „Alarmstufe“ des Notfallplans Gas entspräche (BMWE, EU SOS-Verordnung, 2017).

Gesetze wie das GEG und das WPG fördern diese Entwicklung, indem sie planwirtschaftliche Vorgaben erzwingen, die das Gasnetz abschreiben und den Umstieg auf ineffiziente Alternativen wie Fernwärme oder Wärmepumpen erzwingen. So müssen Neubauten seit Anfang 2024, spätestens ab 2028, zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien beheizt werden, und ähnliche Zwänge gelten für Bestandsbauten. Bayern heizt zu 75,5 Prozent mit Öl oder Gas, und nur 5,8 Prozent der Wohnungen nutzen Fernwärme, was einen kostspieligen Umstieg für Millionen Haushalte bedeutet (BDEW, 2026). PwC (2024) beziffert die Kosten für private Haushalte im Rahmen der Wärmewende und Dekarbonisierung bis 2045 auf 3 bis 4 Billionen Euro, das entspricht im

Durchschnitt 72.000 bis 96.000 Euro pro Haushalt. Bayern verfügt über ein milliarden schweres Gasnetz von über 48 000 km und Speicherkapazitäten von 31,4 TWh/a (VBEW, 2026) Dessen künstlich erzwungener Rückbau muss verhindert werden.

Der Ausbau volatiler Energien wie Wind und Solar im Rahmen der Energiewende führt nicht – wie von ihren Apologeten versprochen – zu mehr Energieunabhängigkeit, sondern verlagert bestehende Abhängigkeiten in neue Bereiche und erhöht sie in vielen Fällen sogar: Für „100 Prozent Erneuerbare bis 2045“ müssten ein Drittel bis zwei Drittel der Energie als Wasserstoff oder E-Fuels aus Nordafrika oder dem Nahen Osten importiert werden (BMWi TN-PtG/PtL, 64 Prozent; DENA KN100, 55 Prozent; BMWi TN-H2-G, 50 Prozent). China dominiert zudem bei Photovoltaik-Modulen (90 Prozent) und Silizium (86 Prozent) sowie bei rund 60 Prozent des für Batteriespeicher benötigten Lithiums, was zusätzliche Risiken schafft. Fossile Backup-Kraftwerke bleiben unverzichtbar, da Wind und Solar keine planbare Leistung liefern.

Vor diesem Hintergrund ist eine eigenständige bayerische Energiepolitik essenziell, die den Erhalt von Gaspeichern unter staatlicher Kontrolle, die Förderung von Biomethan und die Sicherung günstiger Importe priorisiert. Das Vorbild des Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr Dr. Otto Schedl (CSU), der in den 1960er Jahren durch Verträge mit der Sowjetunion Bayerns Übergang zur Industrienation ermöglichte, zeigt den Weg zu pragmatischer Diplomatie und Versorgungssicherheit.